



Homosexuelle nach dem Urteil in Washington, Protest gegen die Homo-Ehe in Paris: „Sieg für die Demokratie“

MINDERHEITEN

## Rasanter Wandel

Ein Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA steht für einen Megatrend im Westen: Immer mehr Länder erlauben die Ehe für Homosexuelle.

Die Trennlinie zwischen dem Westen und dem Rest der Welt verlief am vergangenen Donnerstag ziemlich genau zwischen US-Präsident Barack Obama und dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall. Lächelnd standen die beiden in Dakar vor der Presse, doch dann stellte jemand eine Frage nach der Homo-Ehe.

Obama pries die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Washington, der am Vortag in einer historischen Entscheidung die Ehe für Schwule und Lesben auch auf Bundesebene anerkannt hatte. Das sei ein „Sieg für die amerikanische Demokratie“, sagte Obama und forderte die afrikanischen Staaten auf, Homosexuellen ebenfalls gleiche Rechte zu gewähren.

Sall widersprach Obama umgehend – im Senegal ist es Schwulen nicht nur verwehrt zu heiraten, Sex zwischen Männern ist hier gar strafbar, wie in rund 30 afrikanischen Ländern. „Der Senegal ist ein tolerantes Land“, sagte Sall. „Aber wir sind nicht bereit, Homosexualität zu legalisieren.“

Das Treffen der beiden Präsidenten war ein Zusammenprall der Kulturen, und er fiel umso heftiger aus, weil in Europa und Amerika gerade ein schneller gesellschaftlicher Wandel stattfindet. Eine Zahl verdeutlicht, wie rasant er voranschreitet: Von August an werden weltweit 585 Millionen Menschen in Regionen leben, in denen die echte Homo-Ehe existiert – nicht nur juristisch besiegelte gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Das sind

etwa doppelt so viele wie noch im August 2012. Und nur zwölf Jahre zuvor, zur Jahrtausendwende, gab es Schwulen-Ehen nirgends auf der Welt.

Mehrere Länder haben ihre Gesetze im vergangenen Halbjahr geändert, etwa Frankreich, das die „Ehe für alle“ im Mai trotz massiven Protests von Konservativen eingeführt hat. Auch drei US-Bundesstaaten sowie Neuseeland und Uruguay stoßen 2013 neu dazu. Der größte Brocken ist aber Brasilien mit seinen über 190 Millionen Einwohnern – zwar könnte eine entsprechende Entscheidung des Nationalen Justizrates vom Mai womöglich noch angefochten werden, sie ist allerdings bereits in Kraft.

Dazu passt das Urteil des Obersten Gerichtshofs in Washington: Mit fünf zu vier Stimmen erklärten die US-Richter den „Defense of Marriage Act“ teilweise für verfassungswidrig. Dieses Gesetz zur „Verteidigung der Ehe“ legte fest, dass Homo-Ehen vor Bundesbehörden wie dem Steueramt keine Geltung haben, selbst wenn sie in einem Bundesstaat legal sind. Nun aber erhalten auch schwule und lesbische Ehepartner Steuererleichterungen und sind gegenseitig erberechtigt – ein bürokratischer Vorgang mit großen Auswirkungen.

Kaum war die Entscheidung verkündet, meldete sich als einer der Ersten der frühere US-Präsident Bill Clinton zu Wort, in einem gemeinsamen Statement mit seiner Frau Hillary. Beide priesen das Ende der „Diskriminierung“ – vergaßen allerdings zu erwähnen, dass Clinton selbst 1996 den „Defense of Marriage Act“ mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt hatte.

Selten hat sich die öffentliche Meinung in einer Frage so schnell gewandelt wie bei der gleichgeschlechtlichen Ehe. Während 2005 noch 60 Prozent der Amerikaner dagegen waren, sind heute 55 Prozent dafür. Die Politiker kamen bei diesem Sinneswandel kaum hinterher.

Barack Obama hatte noch im Wahlkampf 2008 gesagt: „Ich glaube daran, dass die Ehe eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau ist.“ Es ist

erst gut ein Jahr her, dass er bekanntgab, seine Ansichten hätten sich „entwickelt“, er sei nun für die Homo-Ehe.

In vielen Ländern hat sich in wenigen Jahren die Ansicht gesellschaftlich durchgesetzt, das Recht Homosexueller auf Heirat mitsamt den daran gekoppelten finanziellen Vorteilen sei ein universelles Bürgerrecht. Und so erhielt der lange belächelte Kampf für die Rechte von Schwulen und Lesben eine Kraft wie einst jener für die Rechte der Schwarzen.

Ausgerechnet am Tag vor der Homo-Entscheidung hatte das Oberste Gericht ein wichtiges Wahlgesetz für ungültig erklärt: Es sollte bis dahin die Diskriminierung von Schwarzen bei Wahlen in den Südstaaten verhindern. Die Richter fanden aber, das Gesetz werde in dieser Form nicht mehr benötigt. Während das Gericht Schwarze als nicht mehr so schutzbedürftig ansieht wie in den sechziger Jahren, stellt es mit den Homosexuellen eine andere Minderheit unter den Schutz der Verfassung.

Verlierer des Trends sind in allen Ländern die religiösen Kräfte. In Frankreich waren es die seit Jahrhunderten starken katholisch-konservativen Milieus, die gegen Präsident François Hollandes Gesetz zur Homo-Ehe marschierten. Doch der Widerstand in Frankreich richtet sich gegen weit mehr als nur die Homo-Ehe. Es ging darum, die Legitimität des sozialistischen Präsidenten grundsätzlich in Frage zu stellen. Nur damit ist zu erklären, dass der Protest eine solche Wucht entfaltete. Auch in Frankreich stimmen in Umfragen bis zu zwei Drittel der Bürger für die Homo-Ehe.

Überall in Europa und Amerika sind die Gegner in der Defensive. Der Baptistenprediger und einstige republikanische Präsidentschaftsbewerber Mike Huckabee kommentierte das US-Urteil mit den Worten: „Jesus weinte.“ Und selbst der ultrarechte Radio-Talker Rush Limbaugh gestand Anfang des Jahres ein, die Bewegung werde nicht aufzuhalten sein: „Die Sache ist verloren.“

MATHIEU VON ROHR